

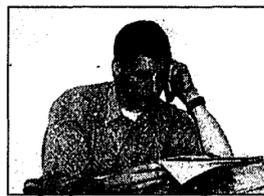


Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 121. Jahrgang, Nr. 8

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71
E-Mail-Adresse / fivobla@fivobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt.



JUGEND-EXTRA

Handy oder «Handycap»

Alles easy? Erleichtern Natels das Leben oder sind die mobilen Dinger kleine Nervensägen?
Seite 9



AUSLAND

Fischer fordert EU-Reform

Deutschland will als Voraussetzung für die Osterweiterung die EU-Reform entschlossen voranbringen.
Seite 19

TAGESCHAU

Entlastung für Familien mit Kindern

Die FBPL-Volksinitiative zur Verbilligung der Krankenkassen-Prämien will die dringend notwendige Gesundheitsreform nicht ersetzen. Aber die Initiative möchte vor allem Familien mit Kindern sofort finanziell entlasten. Seite 3

z'Tresa simmer zfreda

Xaver Hoch ist ein sehr erfolgreicher Vorsteher, der in seiner Heimatgemeinde Triesen sehr viel erreicht hat in seiner bisherigen Tätigkeit als Vorsteher. Die FBPL-Ortsgruppe Triesen war glücklich darüber, dass sich Vorsteher Xaver Hoch nochmals bereit erklärt hat, für dieses anspruchsvolle Amt zu kandidieren. Wie aus unserem heutigen Interview hervorgeht, übt Xaver Hoch das Vorsteheramt sehr gerne aus, was natürlich Ansporn für weitere Tätigkeiten zum Wohle der Gemeinde gibt. Seite 5

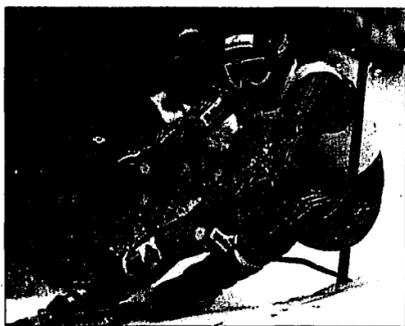
Kritik an Expansionskurs

Der Expansionskurs des Euro-Airport (EAP) Basel-Mülhausen stösst in der Agglomeration Basel zusehends auf Kritik in allen politischen Lagern. Verhindern lässt sich der Ausbau nicht mehr: Gebaut wird selbst dann, wenn die beiden Basel ihre finanzielle Beteiligung am 400-Millionen-Projekt verweigern. Seite 11

Börse schliesst tiefer

Die Schweizer Börse hat am Dienstag nach einem uneinheitlichen Verlauf schwächer geschlossen. Der Swiss Market Index (SMI) schloss 37,2 Zähler tiefer auf 7427,2 Punkten. Der breite Swiss Performance Index (SPI) sank 26,96 Punkte auf 4649,22 Punkte. Seite 13

Phänomenaler 2. Lauf



Mit einem phänomenalen 2. Durchgang und der dritten Laufzeit preschte der Balzner Marco Büchel beim Riesenslalom-Klassiker von Adoboden vom 13. auf den tollen siebten Schlussrang vor und holte sich für die WM in Vail das nötige Selbstvertrauen. Sieger wurde Hermann Maier vor Kjetil Andre Aamodt und Benjamin Raich. Seite 15

Zunehmend Kinder rekrutiert

Für den Bürgerkrieg in der Demokratischen Republik Kongo (Ex-Zaire) werden immer mehr Kinder rekrutiert. Die Kinder würden auch in den Nachbarstaaten angeworben, sagte der Sonderbeauftragte von UNO-Generalsekretär Kofi Annan für Kinder und bewaffnete Konflikte, Olara Otunnu, gestern Dienstag in Genf. Seite 19

Atom-Abfall nach Russland?

Die Schweizer Atomindustrie will gemäss der Umweltorganisation Greenpeace hochaktiven Abfall aus Atomkraftwerken nach Russland liefern. Letzte Seite

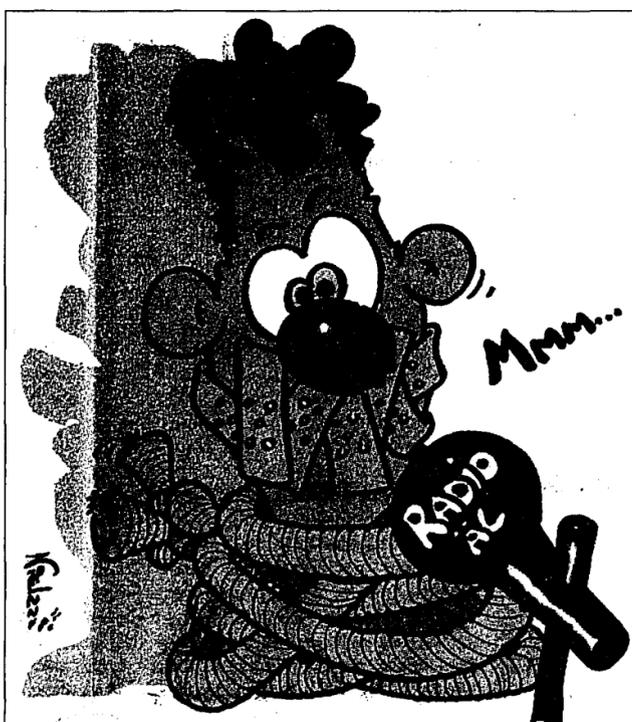
Fehler gemacht

Regierungschef Mario Frick zu politischer Werbung

Die Polit-Werbung lief in Radio L, die FBPL-Werbung für die Krankenkassen-Volksinitiative durfte nicht gesendet werden. Keine Ungleichbehandlung liege vor, betonte Regierungschef Mario Frick am gestrigen Pressegespräch, sondern es seien Fehler gemacht worden.

Grundsätzlich würden die gesetzlichen Bestimmungen für alle gleich gelten, erklärte Regierungschef Mario Frick. Und diese Bestimmungen sehen vor, dass Radio L weder politische noch religiöse Werbung verbreiten darf – zumindest keine bezahlten Werbespots. Die Grenzen scheinen allerdings fließend zu sein, denn wenn Regierungschef Mario Frick oder Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter die Gelegenheit erhalten, sich über Radio L ausführlich über die Gesundheitsreform auszubreiten und die FBPL-Volksinitiative als verheerend für den Staatshaushalt abzualqualifizieren, dann handelt es sich offenbar nicht um politische Werbung.

Radio L will bei der Regierung einen Vorstoss unternehmen, das künftig politische Werbung erlaubt sein soll. Wie der Delegierte des



Zensur? Die Regierung erlaubt sogar Radiospots (unter bestimmten Bedingungen).

Verwaltungsrates, Walter B. Wohlwend, dazu ausführte, strebe Radio L eine Lösung an, wie sie derzeit in

den EWR-Ländern gehandhabt werde. Dort nämlich ist politische Werbung erlaubt. (G.M.)

Sind Rechtsradikale einfach nur «Spinner»?

Nach Regierungschef Mario Frick gibt es keine «organisierte Szene»

Die Ermittlungen gegen die «Liechtensteinischen Arier», die eine Homepage im Internet mit rechtsradikalen Parolen plazierte, laufen bei Polizei und Staatsanwaltschaft. Regierungschef Mario Frick verharmloste die Angelegenheit und sprach einfach von «Spinners».

Die Schweizer Bundespolizei hatte schon 1997 darauf aufmerksam gemacht, dass das Fürstentum Liechtenstein wegen des fehlenden Antirassismusesgesetzes zu einem «Eldorado für rechtsradikale Gruppierungen» werde könnte. Trotz dieser Warnungen hält die Regierung un-

vermindert an ihrer Einschätzung fest, dass lediglich eine «kleine Gruppe» von Rechtsradikalen oder Skinheads vorhanden sei. Regierungschef Mario Frick wiederholte am gestrigen Pressegespräch, dass es keine «organisierte rechtsradikale Szene» in Liechtenstein gebe. Das Internet gebe jedoch Gleichgesinnten die Möglichkeit, sich auf diesem Tummelfeld zu kontaktieren, ohne sich zu treffen.

Im Unterschied zu den Befürchtungen in der Schweiz verfügt Liechtenstein nach Angaben von Regierungschef Mario Frick über gesetzliche Möglichkeiten, um ge-

gen rechtsradikale Machenschaften vorzugehen. Allerdings gab der Regierungschef gleichzeitig zu verstehen, dass die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu wenig griffig seien. Die Regierung habe deshalb eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Auftrag erhielt, eine Anpassung des Strafgesetzbuches vorzubereiten, damit auch der Tatbestand des Rassismus geahndet werden könne.

Wer hinter der Homepage der «Liechtensteinischen Arier» stehe, sei noch nicht bekannt, erklärte Regierungschef Frick, doch gebe es einen Verdacht. Über die polizeilichen Ermittlungen wollte er zum

gegenwärtigen Zeitpunkt keine näheren Angaben machen.

Die Regierung bleibt vorerst bei ihrer Einschätzung, wonach eine kleine Gruppe von 12 bis 20 Skinheads in einem Land mit 31 000 Einwohnern kein Grund zur Besorgnis sei. Nach dem kürzlich veröffentlichten Sicherheitsbericht der Regierung besteht – trotz der bekanntgewordenen Treffen der liechtensteinischen Rechtsradikalen mit ausländischen Gesinnungsgenossen – keine Veranlassung zu einer Änderung dieser Einschätzung. Günther Meier

Der Winter ist zurück

Der Winter-Einbruch hat zu Wochenbeginn in mehreren Ländern Europas ein Verkehrschaos verursacht. In Deutschland kam es in der Nacht zum Dienstag zu mehr als 1000 Unfällen mit mindestens 14 Toten. Auf Teneriffa wurde erstmals seit Jahrzehnten die Hauptstadt Santa Cruz eingeschneit. In der bislang gefährlichsten Unfallnacht dieses Winters wurden in Deutschland auf spiegelglatten Strassen Hunderte von Menschen verletzt. Ergiebige Schneefälle überzogen vor allem den Norden und den Südwesten Deutschlands mit einer dicken Schneedecke.



Neue Runde im Bananenstreit

GENF: Der Bananenstreit zwischen den USA und Europa geht weiter. Die Welthandelsorganisation (WTO) hat gestern in Genf die Wiedereinsetzung des WTO-Schiedsgerichts für die Überprüfung der EU-Bananenmarktordnung beschlossen. Es soll entscheiden, ob die neue Bananen-Importregelung der Europäischen Union, wie die USA behaupten, gegen die WTO-Regeln des freien Welthandels verstösst. Derselbe Schiedsaussschuss hatte die alte Bananen-Marktordnung der EU 1997 für nicht WTO-konform erklärt.